

Identität beginnt bei uns selbst

Lesen Sie die diesjährige 1.-August-Rede



Adrian Pulver,
SD-Zentral-
sekretär, Bern

Sehr geehrte Parteikolleginnen und Parteikollegen, sehr geehrte Schweizerinnen und Schweizer, sehr geehrte Damen und Herren

Wieder einmal ist es soweit. Wir kommen zusammen, um gemeinsam den Tag der ursprünglichen Gründung der schweizerischen Eidgenossenschaft zu feiern. An dieser Stelle soll einmal mehr erwähnt sein, **wem das Schweizer Volk den arbeitsfreien 1. August zu verdanken hat.**

Vor genau 20 Jahren wurde die von uns Schweizer Demokraten lancierte Volksinitiative für einen arbeitsfreien 1. August an der Urne mit dem höchsten jemals erzielten Ja-Anteil angenommen.

POSTCODE

AZB 3001 Bern

Doch welche Bedeutung hat der 1. August heute? Wie wichtig ist dieser Tag wirklich? Es ist von existenzieller Bedeutung, einen solchen Tag zu haben, der uns gerade in diesem internationalen Zeitgeist an unsere gemeinsame Identität erinnert. Wie steht es jedoch wirklich um unsere

Identität? An diese sollten wir nicht nur am Bundesfeiertag denken. Sie besteht nämlich nicht nur aus dem Hissen der Schweizer Flagge am heutigen Tag oder aus den zahlreichen Feuerwerkskörpern. Nein! **Wir tragen unsere Identität jeden beliebigen Tag mit uns, sowohl in guten als auch in schlechten Zeiten. Identität heisst Existenz und Existenz heisst Leben.** Identität heisst somit auch Nationalität, Sprache, Kultur, Sitten, Bräuche und Traditionen sowie auch Religion. Dies alles ist eingebettet in einer gemeinsamen Geschichte und bildet unser Fundament. Nun befinden wir uns in einer hektischen Zeit, ohne Kriege und Verwahrlosung, aber dennoch mit vielen Ereignissen, die uns als Volk immer stärker vor harte Proben stellt. Auch unser Land hat Verantwortungsträger. Diese werden durch jeden von uns gestützt und auch unterstützt. **Die Stabilität eines Landes liegt hingegen niemals in der Politik sondern zuerst im Wesen seiner Gesellschaft, in den Werten und der Mentalität jeder einzelnen Person.** Wir müssen also die schweizerische Identität vorleben, vertreten und vor allem durchsetzen. Tun wir das? Meistern wir diese tägliche Aufgabe? Teilweise ja, teilweise aber überhaupt nicht!

Wenn uns die multikulturelle Gesellschaft oder der globale Wirtschaftsalltag das Schweizerium streitig macht, dann nur, weil wir es zulassen.

Vorherrschender Materialismus

Die Schuld liegt bei uns und nicht einfach nur an der oft zitierten und kritisierten Politik. Der Schweizer frönt lieber dem materiellen Reichtum, dem schrankenlosen



Die diesjährige ausserordentlich gut besuchte 1.-August-Feier fand im Landgasthof Halbinsel Au in Au bei Wädenswil (ZH) statt. Der Zürichsee zeigte sich von der besten Seite.

Opportunismus, der oberflächlichen Gleichgültigkeit oder dem übersteigerten Tolerantismus. Somit nehmen viele von uns die eigene Identität nicht mehr wahr. Gerade junge Leute betrachten die Schweiz als unwichtig, nur weil das Land klein ist und wie gesagt wird, dadurch sowieso keinen Einfluss mehr hat. Man ist also nichts, wenn man angeblich keine Macht hat.

Die Jugend lässt heute oftmals jeglichen Idealismus vermissen. Gerade dieser brachte der gesamten Menschheit ihre Errungenschaften. Aber man will lieber heute säen und bereits gestern ernten.

Dies lässt sich gut am Beispiel unserer Volksrechte erkennen. Man findet heute kaum mehr Personen, die Unterschriften für Initiativen und Referenden sammeln, ohne dafür bezahlt werden zu wollen.

Diese Verökonomisierung der Volksrechte ist eine Schande und schädigt die Demokratie. Des Weiteren gibt es beispielsweise in der Telekommunikationsbranche Agenturen, die sogar schon 20-Jährige mit Monatslöhnen von Fr. 6500.– ködern. In diesem Alter kann soviel Geld eine negative Prägung hinterlassen. Haben dann die Leute, unabhängig vom Alter, ihr Geld, so werden sofort nebensächliche Modegüter gekauft. **Es herrscht also nicht nur ein harter Wettbewerb für und um jeden Franken sondern auch um Präsentationssymbole.** Dabei geht es nicht nur um den normalen systembedingten wirtschaftlichen Wettbewerb oder um den herrschenden Konsumwahn. Nein! **Die Gesellschaft hetzt sich völlig unbewusst gegeneinander auf.**

Fortsetzung Seite 2

Ausländische Lehrlinge rekrutieren – noch mehr Einwanderung?!

Identität beginnt bei uns selbst

Fortsetzung von Seite 1

Verlorener Gemeinschaftssinn

Da ist ein weiterer Punkt zu erwähnen: **Ein Kollektivbewusstsein, ein Miteinander, kann bei den Schweizern kaum erkannt werden.** Dies sind jedoch fehlende Werte, die am Elterntisch zu wenig vermittelt wurden. Eine hohe Scheidungsrate ist hierbei auch nicht gerade hilfreich. Die Kinder tun vieles alleine oder auf Distanz, was ein Zeichen der digitalisierten Welt ist. Viele Computerspiele macht man allein, kommuniziert wird über Plattformen, aber auch alleine. Mehr, schnellere und immer entferntere Kommunikation – **sich treffen wird überflüssig und umständlich.** Verstärkter Egoismus ist somit vorprogrammiert und perfektioniert auch den heutigen Individualisten, der keine gemeinsamen Werte braucht, um erfolgreich zu sein. **Das Resultat ist Gleichgültigkeit. Für solche Leute ist die Schweiz vielleicht ein Stück Papier des Passes, kaum von Bedeutung, nichts wovon man profitieren könnte.** Diese Leute bleiben bei Wahlen und Abstimmungen auch der Urne fern und sind noch beinahe stolz darauf.

Somit ergeben schwache Ehen respektive Paare schwache Familien und letztlich, trotz angeblich zufriedenen Individuen, eine schwache Gesellschaft.

Ist die Einzelperson auch einmal nicht zufrieden, bleibt die Hilfe

plötzlich aus. Die Alternative heisst dann eventuell psychische Probleme oder sogar Drogen.

Erfolgreiche Ausländer

Bei anderen Schweizern hat das Nationale wiederum aus logischen Gründen keine Existenz mehr, oder was noch schlimmer ist, keine Existenzberechtigung. Man ist ja angeblich wirtschaftlich betrachtet sowieso vom Ausland abhängig, kann ohne Ausländer nicht existieren. Und die Gesellschaft? In Sachen Multikultur spricht man immer von humanistischen Lehrkräften, die einem die Nationalität quasi verbieten. Wie immer liegt jedoch die Schuld nur bei uns. Auch hier versagt zuerst das Elternhaus, dann auch der passive und selbstunsichere Jugendliche und letztlich wiederum die schweizerische Gesellschaft. **Und die Ausländer? Sie sind ein Beispiel dafür, wie gerade der coole Junge ein Patriot sein kann. Mit Stolz und angsteinflössender Überzeugung wird erwähnt, woher man kommt.** Auf offensive Weise stecken starke und in sich geschlossene Gruppen von Migrantenkindern ihr Territorium ab.

Selbstbewusst und frühreif beeindruckt Ausländer die Schweizer, welche bildlich betrachtet fast auf die Knie fallen.

Kommt es auf dem Pausenplatz zu Scharmützeln zwischen Ausländern und Schweizern, so verhalten sich diese, wie sie es gelernt haben.

Der Individualist wird verprügelt.

Verängstigt bleibt jeder auf Distanz, weil er weiss, dass die Mentalität solcher Ausländer eben offenbar eine andere sein muss. Es wird genügend erwähnt, dass Prügeln und Klauen normal ist, weil manche auch vom Krieg charakterlich geschädigt wurden. Hinterfragt trotzdem einmal ein Schweizer das Gebaren mancher Immigranten, so sind seine Mitschweizer zur Stelle. Sie tun dies, was sie am besten können und zwar mit grösstmöglichem Selbstvertrauen.

Sie massregeln ihren Schweizer Landsmann, da er es sich erlaubt, dermassen rassistisch aufzutreten. Schweizer Bürger bekämpfen sich auf diese Weise gegenseitig.

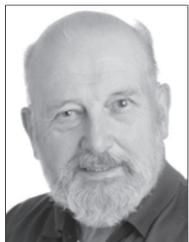
Die Schweizer Jugend erbringt wohl meistens die besseren schulischen Leistungen. Ihnen gehören, notabene als einzelne Individuen, die Klassenzimmer. Das Areal rund um die Schule ist jedoch Besitz der vereinigten Migranten. Später gehört dem erwachsenen Schweizer sicherlich noch der Wirtschaftsstandort, wobei dieser Kampf gegen hochqualifizierte Einwanderer aus den Nachbarländern auch zunehmend verloren geht. Aber wo bleibt das Fundament? Abseits der Arbeitsplätze befindet sich die Strasse, die unter anderem im Nachtleben in den Mittelpunkt rückt.

Wem gehört die Strasse? Hier dirigieren Secondos und Terzos! Hier ist die Gemeinschaft stark, nicht die unsrige.

In den Diskotheken sind Schweizer beinahe inexistent. Und ich getraue mir hier nun zu sagen, dass dies optisch offensichtlich erscheint. Gerade bei Männern sieht man kaum blonde Haare und blaue Augen – dies hat nichts mit arischem Faschismus zu tun. **Wenn dann die Türsteher noch Schwarzafrikaner sind, so weiss man auch, wie viel Macht die Schweizer über etliche Lokale haben.** Vor einigen Tagen beobachtete ich schwarze Securities, die einem anderen Schwarzen den Eintritt verwehrten. Importierte Konflikte – jenseits der Einheimischen. Bei Ausländern, die hier geboren sind, reichen die erfolgsgekrönten Parallelgesellschaften auch schon bis in die Wirtschaftswelt. **Die harmonisierenden Grossgemeinschaften helfen sich finanziell gegenseitig aus, sodass Restaurants, insbesondere Pizzerien und Kebabstände, mit viel weniger Aufwand betrieben werden können.** Personalaufwände bei Schweizer Gaststätten sind dadurch oft höher, sodass die hohen Mietzinse nicht selten zum Kollaps führen. Auch dominiert in vielen Krankenversicherungen die italienische und spanische Sprache.

Fortsetzung folgt in nächster Ausgabe

Die Lüge – Treibriemen der Weltpolitik



Valentin J. Oehen,
e. Nationalrat,
König

Teil 2

Fortsetzung von letzter Ausgabe

Die nordafrikanischen Revolutionen – ein Tollhaus der neusten Kriegsgeschichte!

Gerhard Wisniewski schildert die Vorgänge zur Auslösung eines «zivilen» Aufstandes wie folgt: Ein internationales Syndikat mit Interessen in einem bestimmten Land oder einer bestimmten Region zettelt dort einen zivilen Aufstand an. Wenn das zum Sturz der Regierung nicht reicht, stellt man dem Aufstand bewaffnete Söldner als

«Rebellen» zur Seite. Wenn diese Söldner bekämpft werden, behauptet man, der feindliche «Diktator» würde «seine eigenen Bürger» bombardieren. Daraufhin beschliesst das Syndikat diesem Volk im Rahmen einer humanitären Aktion «zu Hilfe zu kommen». Und wer ist dieses Syndikat? Natürlich der sogenannte Weltsicherheitsrat, der in etwa so für die Sicherheit sorgt wie das Wahrheitsministerium für die Durchsetzung der Wahrheit in George Orwells «1984».

In Wirklichkeit handelt es sich beim Weltsicherheitsrat um einen Weltkriegsrat der herrschenden globalen Mächte zur Scheinlegitimierung ihrer jeweiligen Angriffskriege!

Nach dem rasch erfolgreichen Aufstand in Tunesien ging die Revolution in Ägypten los. Sie begann am

25. Januar 2011 und breitete sich rasend schnell aus und gewalttätige Aktionen beider Seiten gehörten schon Ende Monat zur Tages-

ordnung. Daraufhin übernahm das wohlorganisierte Militär die Macht. Der revolutionäre Prozess dauerte das ganze Jahr 2011. Am



Die Aufstände rund um den Arabischen Frühling (wie hier in Ägypten) – alles nur instrumentalisiert?!

15. Februar 2011 startete dann die libysche Revolution mit den Demonstrationen in Bengasi. – So oder anders; Anfang 2011 war Gaddafis Zeit – so wie die der anderen Diktatoren Nordafrikas und des Nahen Orients in den Augen der alten Kolonialmächte abgelaufen. **Auf ganz natürliche Weise waren die alten Agenten der Kolonialmächte immer mehr zu nationalistisch gefärbten Herrschern geworden, was den alten Kolonialherren gar nicht passte.**

Die Kolonialherren waren und sind sich gewohnt, Präsidenten, die ihnen nicht mehr genehm sind – einfach zu entfernen.

Entweder sie parieren wie die Herrscher Tunesiens und Ägyptens oder sie enden am Galgen – wie Saddam Hussein oder werden umgebracht – wie Gaddafi. Bei dieser Gelegenheit darf auch daran erinnert werden, wie selbst in Demokratien die Chefs einfach ausgewechselt werden – ohne dass der Souverän viel dazu zu sagen hat. Man denke an Griechenland, Italien, an den IWF und an jene Staaten, wo in pseudodemokratischer Art Präsidenten gehalten oder gestürzt werden respektive wurden. Als Beispiele mögen Chile, Panama, Holland und Belgien dienen.

Und jetzt ist Syrien an der Reihe!

Es ist relativ leicht nachvollziehbar – in Syrien geht es nicht um Syrien, nicht um die betroffene Zivilbevölkerung, nicht um Menschenrechte, nicht um Humanität und nicht um einen Aufbruch zu mehr Demokratie – sondern schlicht und einfach um Macht! Und dies nachdem der amerikanische Geheimdienst CIA den syrischen Geheimdienst im Zusammenhang mit dem Afghanistan-Krieg schamlos eingesetzt hatte, um Geständnisse von in Afghanistan Gefangenen zu erpressen (Dick Marty lieferte hierzu die Beweise!). Es geht also um die Macht in der Golfregion für die alten Grossmächte der Kolonialzeit, um die Macht Israels über alle seine arabischen Nachbarstaaten, um die Macht der sunnitischen Fürstentümer über die schiitischen Konkurrenten und nebenbei um die Vernichtung der Christen, der Alawiten, der Kurden und der Drusen.



Syrien ist Opfer verschiedenster Interessen.

Auch geht es um die Sicherung des Aufmarschgebietes für die amerikanischen Truppen und jener der «Willigen» für den offensichtlich vorgesehenen Krieg gegen den Iran.

Mittlerweile sind wir Zeugen eines grausamen Bürgerkrieges in Syrien, wobei die USA und die Westmächte ein trauriges Spiel vorführen. Schritt um Schritt werden die Massnahmen gegen diesen Staat verschärft; immer mehr wird Assad in die Enge getrieben.

Wie oft lüsst sich die Weltöffentlichkeit belügen?

Einmal mehr werden wir – das heisst die Öffentlichkeit – schamlos belogen, um einen weiteren Krieg zu rechtfertigen, nämlich einen Krieg gegen den Iran, wobei zuerst das geographisch vorgelagerte Syrien weggeräumt werden muss. Im UNO-Menschenrechtsrat wird (an)geklagt, weil angeblich das syrische Regime auf die eigene Bevölkerung schiessen lasse. Das ist genau so ehrlich, wie

– die seinerzeitige Begründung für den Balkankrieg, weil angeblich Serbien einen Genozid gegen die «unterdrückten» Kosovaren begehe; dabei ging es darum, das «Camp Bondsteel» für die amerikanische Armee zu sichern.
– das Mitleid mit den armen, unterdrückten Frauen durch die Taliban, das in Afghanistan zum Handeln zwang und das von den

amerikanischen Geheimdiensten organisierte Verbrechen von New York (9/11), das den Krieg in Afghanistan ausbrechen liess;
– die Gefährdung von Grossbritannien und der USA durch die «Massvernichtungswaffen» von Saddam Hussein, welche den 2. Krieg gegen den Irak begründete.

Gegen den Iran wird tatsächlich eine üble Kriegshetze betrieben. Dabei ist diese Hetze nach «Artikel 20 des UNO-Paktes über bürgerliche und politische Rechte» ein klarer Versuch, die Menschheit durch Lügen, Halbinformationen und Emotionalisierung zur Kriegsbereitschaft gegen den Iran zu konditionieren.

Es ist also ein klares Verbrechen, lanciert durch die USA, Grossbritannien, Frankreich, Saudi-Arabien und die Scheichtümer am Golf.

Das Nobelkomitee spielt mit!

Soeben wurde der EU der Friedensnobelpreis verliehen. Angesichts der Tatsachen, dass

– die EU letztlich ein Instrument der USA zur Realisierung der «Neuen Weltordnung» respektive des «amerikanischen Jahrhunderts» ist;
– seine NATO von einem Verteidigungsbündnis zu einem Angriffsinstrument umgestaltet wurde;
– sie zumindest mitverantwortlich ist für die Kriege der letzten Jahre auf europäischem Boden und

die zunehmenden Spannungen in den zur Sparsamkeit gezwungenen Völkern;

– die Völker zum Vorteil der Hochfinanz ausgeblutet werden und die existenzsichernden Strukturen vieler Länder rücksichtslos zerstört werden;
– der Demokratieabbau geradezu verheerende Ausmasse angenommen hat,

ist der Entscheid des Nobelkomitees ein Schlag ins Gesicht aller friedliebenden wirklichen Demokraten.

Einmal mehr wird die Öffentlichkeit schamlos getäuscht. Wir fragen uns, wie lange sich die europäischen Völker noch für dumm verkaufen lassen wollen. Genügt es noch nicht, dass das leistungsfähigste europäische Volk – das deutsche Volk – über den geheimen Staatsvertrag (genannt die «Kanzlerakte») zu einem US-Sklaven degradiert wurde und bis 2099 in Europa bedingungslos die amerikanische Karte zu spielen hat.

Adressänderungen

Die Post sendet nach Ablauf der Nachsendefrist das an Sie adressierte Exemplar der Zeitung «Schweizer Demokrat» zurück und meldet uns Ihre neue Adresse nicht mehr. Bitte melden Sie daher Ihre allfälligen Adressänderungen frühzeitig an SD, Postfach 8116, 3001 Bern, E-Post: schweizer-demokraten@bluewin.ch. Sie sichern sich damit den lückenlosen Empfang Ihrer Zeitung. (Red.)

Die Zwängerei der Armeeabschaffer nimmt kein Ende. Darum sagen die SD am 22. September 2013 Nein zur Wehrpflichtsinitiative!

Parolen für den Urnengang vom 22. September 2013

Die Delegierten der Schweizer Demokraten (SD) haben folgende Parolen für die eidgenössischen Abstimmungen vom 22. September 2013 beschlossen:

Nein zur Volksinitiative

«Ja zur Aufhebung der Wehrpflicht»:

Spätestens seit der Einführung der Armee XXI wird das gesamte Armeegefüge stets reduziert. Hierbei hat man im Verteidigungsdepartement etliche Abteilungen zusammengelgt und Arbeitsstellen abgebaut.

Die Aufhebung der Wehrpflicht sieht eine Freiwilligenarmee vor, welche aufgrund des personellen Kleinbestandes die Landesverteidigung nicht mehr gewährleisten könnte.

Die Unabhängigkeit der Schweiz an sich ist hiermit generell in Frage gestellt. Für die Schweizer Demokraten (SD) ist es naheliegend, dass die Gruppe Schweiz ohne Armee (GSoA) dieses Anliegen lediglich als ersten Schritt zur totalen Abschaffung der Armee verwenden will. Bereits das aktuelle Heer ist in seiner Grösse nicht mehr auftragskonform. Deshalb wird die Vorlage einstimmig zur Ablehnung empfohlen.

Ja zum Bundesgesetz über die Bekämpfung übertragbarer Krankheiten des Menschen (Epidemiengesetz):

Diese Vorlage sieht vor, dass die Möglichkeit der Impfung im Falle einer Epidemie gewährleistet ist. Dabei benötigt es eine gesetzliche Verankerung auf Bundesebene.



Impfen kann auch Leben retten.

Zudem muss sich die Gesellschaft auch vor importierten exotischen Krankheiten schützen, welche aufgrund der aussereuropäischen Einwanderung ein erhebliches Problem darstellen können. Des Weiteren stützt das Gesetz Programme zur allgemeinen Prävention und zum Gesundheitsschutz. Hierbei können beispielsweise Spitalinfektionen erwähnt werden.

Spitalinfektionen sind für eine Vielzahl von Todesfällen verantwortlich und haben Kosten von Krankenkassenprämien in Millionenhöhe zur Folge. In diesem Zusammenhang kann auch ein Impfblogatorium sinnvoll sein.

Schwerstkranke Menschen (zum Beispiel Krebs) oder andere abwehrgeschwächte Patienten (zum

dehnen. Somit würden diese Geschäfte rund um die Uhr mit entsprechendem Verkaufspersonal betreut. Die Schweizer Demokraten (SD) lehnen jegliches Unterfangen, die betriebliche 24-Stunden-Tätigkeit einzuführen, strikte ab. In den letzten Jahren wehrten sich bereits etliche Kantone erfolgreich gegen verlängerte Ladenöffnungszeiten.

Die Massnahme hat sowohl für die persönliche Gesundheit (Leistungsdruck erzeugt krankhaften Dauerstress mit stetiger Abnutzung) als auch für die geregelten Gesellschaftsstrukturen negative Folgen.

Freizeitbeschäftigungen mit der eigenen Familie oder dem Freundeskreis werden durch vermehrt unregelmässige Arbeitszeiten massiv erschwert. Zudem dient die Vorlage als Basis für weitere Liberalisierungen wie der Einführung von flächendeckender Sonntagsarbeit oder unbeschränkten Öffnungszeiten von Kleinläden. Der Gesetzestext mit der Begründung von starkem Reiseverkehr und dem Angebot für die Bedürfnisse der Reisenden ist äusserst unklar und kann leicht Missbräuche provozieren. Für die SD sollen die Arbeitsbedingungen der Verkaufangestellten nicht dem Wachstumswahn geopfert werden. Die Änderung des Arbeitsgesetzes wird deshalb zur Ablehnung empfohlen.

Delegiertenversammlung
der SD Schweiz



Erneuter Frontalangriff auf das Milizsystem.



Der erste Schritt zur 24-Stunden-Gesellschaft – zulasten des Verkaufspersonals!

Nein zum 24-Stunden-Wachstumswahn – wehret den Anfängen – deshalb am 22. Sept. 2013 Nein zum Arbeitsgesetz!

SD-Marktplatz

Suchen Sie etwas? (ein Handörgeli oder eine/n Freund/in). **Möchten Sie etwas verkaufen, vermieten, verschenken, tauschen usw?**

Rufen Sie uns an und teilen Sie uns Ihr Anliegen mit. Oder schreiben Sie uns per Briefpost/Postkarte; noch besser per E-Mail. Der zu veröffentlichende Text soll **kurz**

und aussagekräftig sein!

Folgende Preise sind für solche Kleininserate vorgesehen: Bis 7 Zeilen kostet es 25 Franken, 8 bis 15 Zeilen (oberste Grenze) kosten 50 Franken.

Normalerweise wird im Kleininserat für die Kontaktaufnahme die **Telefonnummer** des/der Auftrag-

gebers/in abgedruckt. Aber andere Kontaktmöglichkeiten sind auch möglich (z.B. Postadresse, E-Mail). Bei ganz persönlichen Dingen ist ein **Chiffre-Inserat** von Vorteil. Wir leiten dann die eingegangenen Briefe an Sie weiter. Bitte Ihre Postanschrift nicht vergessen. Volle Diskretion zugesichert!

Kontaktadresse: SD-Marktplatz, Postfach 8116, 3001 Bern

Tel. 031 974 20 10, Fax 031 974 20 11
E-Mail: info@sd-marktplatz.ch

Inserateaufgabe auch direkt möglich auf www.sd-marktplatz.ch

Wer sucht, der findet!

DIENTSTLEISTUNGEN

Steuererklärung 2012. Steuerexperte (über 30 Jahre Berufserfahrung) füllt Ihre Steuererklärung bei Ihnen zu Hause (Bern und Umgebung) aus und gibt Ihnen entscheidende Steuertipps. Stundensatz Fr. 80.–.
Telefon 031 941 06 73
E-Mail: j.p.schwab@bluewin.ch

Wir suchen für unsere solventen Kunden:

- Einfamilienhäuser
- Eigentumswohnungen
- Bauland

Telefon 079 454 60 60

E-Mail: gautschi@swissonline.ch

ZU VERKAUFEN

Dr. Herbert Gruhl, MdDB, war in den 70er-Jahren der führende Umweltpolitiker der BRD und erfolgreicher Publizist. Sein Bestseller «Ein Planet wird geplündert» eröffnete den Reigen. «Himmelfahrt ins Nichts» bildete 1992 den Abschluss. Er starb 1993. Seine Bücher sind sein Vermächtnis. **Wer ist interessiert an dieser Sammlung?** Preis für alle Bücher.

Region Bern.
Telefon 031 974 28 00

Heftausgabe «D'Ärgera chunt». Wilde Hochwasser, unheimliche Tierbegegnungen, Trosselkarren. Über 50 witzige und nachdenkliche Anekdoten und Kurzgeschichten aus der guten alten Zeit. Nur ganz wenige Exemplare, Fr. 27.– inkl. Porto und Verpackung. Kanton Fribourg (deutschsprachige Region).
Bernhard Gauch, Waldweg 5, 1734 Tentlingen

Chevrolet Camaro Targa, Lederausstattung, Klimaanlage, 4 neue Pneu, Top-Zustand, Fr. 9900.–, ab Service und MFK, Teilzahlung ohne Anzahlung möglich. Stadt Bern.
Telefon 079 304 74 51

Bio-Knospen Olivenöl und Schweizer Essig von Waldkirch SG, Region Ostschweiz,
Telefon 071 244 72 76 oder **thomas-fischer@bluewin.ch**

Welcher Sammler sucht **Super-8-Filmgeräte, Kameras, Projektoren, Betrachter, Schneidegeräte, Klebpressen, Stative, Schwenkköpfe «Miller», Leerspulen** verschiedene Grössen. Region Luzern.
Telefon 041 280 52 17

Italienische Meistergeige, Riccardo Bergonzi, Cremona, 1990, Fr. 20000.–. Region Zürich.
Telefon 052 343 17 60

ZU VERMIETEN

Seriöse und preiswerte Mietwagen, Kleinwagen, Limousine/Kombi, Van, Motorräder und Roller. Die Fahrzeuge können pro Tag, Woche oder Monat gemietet werden, Langzeitmiete möglich; für die ganze Schweiz. Region Biel.
Telefon 079 408 69 39

GESUCHT

Gesucht Heimarbeit: Div. Arbeiten sind möglich, z.B. montieren, verdrahten, löten, drehen, fräsen, Schildergravuren, kleinere Holzarbeiten, andere Arbeiten auf Anfrage. Ganze Schweiz.
Telefon 044 780 39 37

Gesucht – günstig oder gratis: **Fotos, Postkarten, Prospekte**, mit Abbildungen von Menschen, Objekten, Gebäuden, Landschaften usw. für den Abdruck im «Schweizer Demokrat» (Bebilderung von Artikeln). Kontaktadresse: **SD-Sekretariat in Bern. Telefon 031 974 20 10, Fax 031 974 20 11**
schweizer-demokraten@bluewin.ch

Kaufe von privat **altes Spielzeug** vor 1970: Eisenbahnen, Blechautos, Flieger, Schiffe, Elastolinsoldaten, Dinky Toys, Teddybären usw.

Auch alte Ansichtskarten vor 1950,

alte Pfadiabzeichen, Aufnäher usw., Region Zürich.

Telefon 079 643 55 64

STELLENSUCHE

Ich will arbeiten! Welcher Schweizer Unternehmer ist noch interessiert an einer qualifizierten, tüchtigen Fachkraft?

Ich bringe 10 Jahre **Erfahrung als Teamleiterin Back-office und Stv. des GF** mit. Ich habe eine schnelle Auffassungsgabe, bin vielseitig interessiert und möchte da arbeiten, wo CH-Fachkräfte noch gefragt sind. Gerne wieder im Bürobereich (Assistenz / Sachbearbeitung / Teamleitung). Bin auch offen für neue Aufgaben. Bevorzugt in folgenden Kantonen: AG/BL/BE/SO/ZH. Bin mobil.

Telefon 079 640 44 88
E-Mail: puma20@gmx.ch

BEKANNTSCHAFTEN

Berner, 185/85, 50plus, sucht politisch interessierte Schweizerin, 30 bis 60 Jahre, mit Freude am Reisen, Camping, Garten, Schwimmen, Ferien. Bär freut sich auf Deinen Anruf. Danke zum Voraus.

Telefon 031 333 68 68.

Veranstaltungshinweise der SD-Sektionen

 **Bezirk Baden und Umgebung:** **Stamm** im Hotel «Winkleried», Landstr. 36, Wettingen. Jeden 1. Dienstag im Monat ab 20 Uhr. Weitere Infos über Telefon 056 222 68 72.

Fricktal: Stamm am Donnerstag, 3. Oktober, ab 19.30 Uhr im Restaurant «Weisses Rössli» in Eiken. Weitere Infos über Tel. 061 871 03 12.

Weitere Anlässe bitte melden an: info@sd-marktplatz.ch

 **SD Stadt Bern: Höck:** (Bei Vorstandssitzungen sind Gäste stets eingeladen!) im Restaurant «Jäger», Murtenstrasse 221, Bern-Bethlehem. Postauto Nr. 101, Haltestelle Untermattweg (von dort ca. 1 Minute zu Fuss). Oder Tram Nr. 8 Richtung Brünen-Westside, Haltestelle Säge (von dort etwa 5 Minuten zu Fuss). Jeden letzten Dienstag im Monat ab 20 Uhr. Weitere Infos über Telefon 031 974 20 10.

Berner Oberland: Höck im Hotel «Milan» in Ringgenberg. Jeden

1. Mittwoch im Monat ab 20.00 Uhr. Weitere Infos über Tel. 033 822 68 62.

 **Kantonalsektion St. Gallen:** **Stamm** am Donnerstag, 26. September 2013, ab 19.30 Uhr im Restaurant «Dufour» am östlichen Ende des St. Galler Hauptbahnhofs. Weitere Infos über Telefon 079 639 06 07, abends.

 **Winterthur und Umgebung:** **Höck** im Restaurant «Blume», Wülflingerstrasse 236. Jeden 1. Freitag im Monat ab 20 Uhr

(bei einem Feiertag eine Woche später). Weitere Infos über Telefon 052 222 55 16.

 **Luzern-Innerschweiz:** **Höck** im Bistro «Spatz», Obergrundstrasse 103, Luzern. Jeweils am letzten Donnerstag im Monat ab 20 Uhr (ausser im August und Dezember). Es ist immer jemand da! Bus-Nr. 1, 11, 20 ab Luzern Bahnhof bis Haltestelle Eichhof. Weitere Infos über Telefon 076 416 17 00.



Kanton Zürich



Votum von Gemeinderat Christoph Spiess

Beibehaltung des automatischen Teuerungsausgleichs*(Sinngemässe Zusammenfassung eines frei gehaltenen Votums)*

Sie kennen die Vorgeschichte dieses Traktandums. Bei der Revision des städtischen Personalrechts wurde in der vorberatenden Kommission ein «Päckli» ohne den automatischen Teuerungsausgleich geschürt. Als wir Schweizer Demokraten dann beantragten, diesen doch im Personalrecht festzuschreiben, konnten SP, GP und AL nicht gut anders, als unserem Antrag zuzustimmen. Nun will der Stadtrat die Tatsache ausnützen, dass sich mit dem Eintritt der Grünliberalen in den Gemeinderat die Mehrheitsverhältnisse verändert haben. Eine sachliche Notwendigkeit besteht dazu nicht. Bis heute hat der automatische Teuerungsausgleich ja nicht zu Problemen geführt, und es ist auch nicht einzusehen, inwiefern er dies in Zukunft tun könnte.

Entgegen der Auffassung meinem Vorredner von der FDP führen allfällige hohe Teuerungsraten nicht zu weniger Steuereinnahmen, weil ja der Ausgleich der Teuerung allgemein verbreitet ist und damit auch die steuerbaren Einkommen entsprechend steigen.

Von einem Bilanzfehlbetrag, d.h. einem Absinken des Eigenkapitals unter null, sind wir weit entfernt. Falls ein solcher in Zukunft droht, ist daran nicht das Personal schuld, **sondern stünden wir Par-**

lamentarier in der Verantwortung, denn wir sind es, die ständig extrem teure Grossprojekte (Kunsthhaus, Kongresshaus, Stadionbauten usw.) durchwinken. Dafür soll nicht das Personal bluten! Der Einwand, dass der Teuerungsausgleich ja nachgeholt werden könne, wenn es der Stadt finanziell wieder besser geht, ist nicht stichhaltig. Wie das so läuft, zeigt sich beim Kanton. Dieser hat zeitweilig Löhne gekürzt und die Teuerung nicht voll ausgeglichen. Dem kantonalen Personal fehlen bis heute 7 Prozent Lohn, und von einer Nachzahlung redet niemand mehr ...

Problem der Wachstumspolitik

Wenn die Personalkosten zu hoch werden, liegt dies nicht am Teuerungsausgleich, sondern an der ständigen Vermehrung der Stellen, die viel grösser ist als das Bevölkerungswachstum.

Ganz allgemein sollten wir endlich von der Dauerwachstumspolitik wegkommen, die unsere Stadt finanziell enorm belastet. Hier müssten wir endlich ansetzen und nicht dem bestehenden Personal den Reallohn kürzen!

In den Fraktionen, die nun im Falle einer ungünstigen Finanzlage den Teuerungsausgleich streichen wollen, gehören auch einzelne Gewerkschafter an. Wir rufen diese auf, nun zu tun, was ein Gewerkschafter in dieser Situation tun muss: Lehnen Sie diese personal-

feindliche Vorlage ab! Ich beantrage, die Abstimmung unter Namensaufruf durchzuführen.

Hinweis: Mit 107 Stimmen beschloss der Rat, unter Namensauf-

ruf abzustimmen. Leider wurde die Vorlage mit 62 Stimmen (SVP, FDP, CVP; GLP, EVP) gegen 58 Stimmen (SD, SP, GP, AL) angenommen.

Glockenklang kontra Motorengeheul

Seit weit über 60 Jahren wohne ich neben einer Kirche. Weder die Glockenschläge noch die traditionellen Geläute wie das morgendliche und abendliche Glockenspiel oder das Gebetszeitglockenspiel störten weder meine Familie noch mich. Als die Glocken vor ein paar Jahren verstumten, da ein Defekt im Uhrwerk festgestellt wurde, vermissten wir den Glockenklang. Warum sich Leute am Glockenschlag oder dem Geläute belästigt fühlen, verstehe ich deshalb nicht. Sicherlich sind dies Leute, welche neu zugezogen und den Wohnsitz in der Nähe einer Kirche genommen haben. **Nun haben sich auch noch Politiker der Sache angenommen, um die Glocken zum Schweigen zu bringen.**

Anwohner bei Kirchen beschwerten sich über Glockenschläge, nun hat die Piratenpartei mit den Grünen im Parlament ein entsprechendes Postulat eingereicht.

Mutwilliger Verkehrslärm

Der Lärm von Baumaschinen, Lastwagen, Autos, übermässiger Sound in offenen Autos usw. beklagt hingegen niemand. Von Jahr zu Jahr nimmt dieser massiv zu, da wird nichts unternommen. Zähneknirschend wird dieser Lärm hingenommen, aber bewusst verursachter Lärm definitiv nicht. So haben doch wiederum in diesen Sommermonaten die Rennen der Raser und Gaspedalakrobaten auf der Wülflingerstrasse und wahrscheinlich auch andernorts massiv zugenommen. Die Pneus quietschen, die Motoren heulen auf und es gibt auch Spezialisten, die produzieren am Motorrad bewusst Fehlzündungen, damit es knallt. **Bei diesen hausgemachten unnötigen Lärmveranstaltungen drücken anscheinend die Ordnungshüter beide Au-**

gen zu, denn entsprechende Interventionen bei der «Blauhelmorganisation» brachten nichts.

Geschwindigkeitsüberschreitungen gehören abends bis in die Morgenstunden zur Tagesordnung, Rennen sind anscheinend auch erlaubt. Damit es richtig heult und dröhnt, gibt es anscheinend entsprechende Bauteile im Autozubehör.

Freizeitverkehr wird priorisiert

Auch auf politischer Ebene tönte es nicht anders, man müsse Verständnis aufbringen für die Emotionen dieser Personen, da das Auto für diese ein Statussymbol darstelle. Viele Mitbürger und ich verstehen da die Welt nicht mehr, anscheinend sind wir im falschen Film. Wenn ich mit dem Velo durch gewisse (sozialverträgliche) Quartiere fahre, kann ich oftmals Autos erkennen, welche mir bei Beschleunigungsexzessen aufgefallen sind. **Sonderbar in diesen Quartieren ist das öffentliche Parkplatzangebot, da stehen die Autos teils beidseitig der Strasse, ein Kreuzen ist oft nicht möglich.** Da gibt es keine Parkplatzbeschränkung wie beim Gewerbe, wo die Anzahl der Parkplätze auf Privatgrund laufend verkleinert werden muss.

Die arbeitenden Bürger und das Gewerbe werden dadurch geknebelt, aber der Freizeit- und Autolobbyverkehr wird toleriert oder gar gefördert. Für das Geltungsbedürfnis nach Motorengeheul muss Verständnis aufgebracht werden, Glocken müssen schweigen.

Ich hoffe jedoch, dass diese nicht eingeschmolzen und zu Sirenen für Autos gegossen werden.

Marcel Stutz, Gemeinderat, Winterthur



Sparen auf dem Buckel des Personals – die SD kämpfen dagegen!

La clause de sauvegarde et ses limites

Le 24 avril 2013, le Conseil fédéral a pris deux décisions d'une grande portée. D'abord, il a prolongé d'une année la cause de sauvegarde à l'égard des huit Etats de l'Europe de l'Est (UE-8) décidée au printemps 2012. Ensuite, il a opposé la clause de sauvegarde à l'égard de l'ensemble des autres Etats membres de l'UE (UE-17). Pour ces derniers, cela signifie que, si le nombre d'autorisations de séjour délivrées ces trois dernières années atteint le seuil prévu par l'Accord sur la libre circulation des personnes (ALCP), la clause de sauvegarde est activée avec effet au 1er juin 2013 pour une année.

Concrètement, on revient au régime du plafonnement des autorisations annuelles (permis B) en faveur des ressortissants de l'UE-17 en plus de ceux de l'UE-8, à hauteur de 53'700 pour les premiers et de 2180 pour les seconds. Un quart de chaque contingent sera libéré chaque trimestre. L'UE a pris acte de cette décision le 19 juin 2013 à l'occasion de la treizième rencontre du Comité mixte Suisse-UE concernant l'ALCP.

Quelques précisions s'imposent

Le contingentement ne concerne pas les ressortissants d'Etats de



l'AELE, à savoir la Norvège, l'Islande et, bien sûr, le Liechtenstein. Mais ce n'est évidemment pas le plus important. Puisqu'il faut savoir que les admissions provisoires (permis F), les frontaliers (permis G) et les autorisations de séjour de courte durée (permis L, pour 364 jours) ne sont pas non plus concernés, pas plus que ne le sont les renouvellements d'autorisations de séjour des ressortissants d'Etats de l'UE-8 ou de l'UE-17 déjà accordées. Evidemment, les requérants d'asile (permis N, qui obtiennent cependant aisément des permis L, comme nous le savons) et les réfugiés échappent encore et toujours à tout contingentement. De plus, aucune mesure contre les clandestins n'a été annoncée. Enfin, l'activation de la clause de sauvegarde n'a pas d'effet sur les négociations en cours au sujet de l'extension de l'ALCP à la Croatie, membre de l'UE depuis le 1er juillet 2013.

Le Conseil fédéral a attendu le dernier moment pour opposer la clau-

se de sauvegarde aux Etats de l'UE-17, alors même que l'afflux de main-d'œuvre est grave depuis des années, contrairement à ce qui nous avait été promis avant la votation du 21 mai 2000. Sans même parler de l'immigration extra-européenne, encore et toujours très importante faute de volonté politique de la contrer.

En clair, la clause de sauvegarde ne peut réduire – et encore, seulement de manière temporaire – que l'accroissement de la population étrangère, mais pas cette population en elle-même. Le nombre de certains étrangers, pas même de tous, augmentera donc moins vite que par le passé, toutes choses égales par ailleurs. L'emprise étrangère sur notre marché du travail ne sera donc diminuée que dans une faible mesure, même s'il ne faut pas minimiser la portée politique (et symbolique) de cette double décision: dorénavant, au moins, ce problème de surpopulation est reconnu sans réserve par le Conseil fédéral, alors qu'il avait été nié auparavant durant des années.

Car le plus important reste à venir: il découle de l'ALCP qu'au 1er juin 2014, l'ouverture du marché de l'emploi sera en principe totale et que la Suisse ne pourra donc plus

contingenter les arrivants. Il faudrait alors une nouvelle votation populaire. Il va sans dire que l'économie fera tout pour préserver les immenses avantages que lui procure un recrutement quasiment illimité de main-d'œuvre. Si la «libre circulation» devait être maintenue, les seules mesures importantes de régulation encore possibles seraient de limiter davantage le droit de travailler des extra-Européens (ce qui impliquerait de lutter sérieusement contre les clandestins, d'intensifier les expulsions et de mieux surveiller la frontière) et de supprimer l'aide sociale aux étrangers inactifs (Européens ou non) pour qu'ils soient incités à rentrer chez eux après la fin de leurs prestations de chômage. Rien ne nous empêcherait de commencer dès maintenant, mais notre pays est malheureusement loin du compte. Notre Parti est donc plus utile que jamais, qu'on se le dise !

PS: Pour nos amis vaudois: une excellente synthèse du sujet figure dans la Feuille des avis officiels du 17 mai 2013. En outre, il faut garder à l'esprit que l'ALCP prévoit expressément qu'«Aucune limitation quantitative n'est applicable aux travailleurs frontaliers».

DS du canton de Vaud

Discours du 1er août 2013

*Chers confédérés,
Chers membres et sympathisants
de notre mouvement politique les
Démocrates Suisses,
Mesdames, Messieurs,*

Aujourd'hui nous célébrons notre fête nationale, jour férié dans toute la Suisse grâce à une initiative des Démocrates Suisses. Le 1er août est une bonne occasion pour faire le point sur la situation de notre pays. Notre plus grande préoccupation est le maintien de notre souveraineté et notre relation avec l'Union européenne. **Le Conseil fédéral n'a toujours pas retiré notre demande d'adhésion à l'UE.**

Dans la «NZZ» du 8 juillet 2013, plusieurs économistes éminents ont été invités à s'exprimer sur la

situation économique. Un des intervenants a affirmé que l'introduction de l'Euro a été la plus grande erreur politique depuis le Traité de Versailles et qu'au lieu d'être un facteur d'intégration, l'Euro est devenu un facteur de division. L'évocation du Traité de Versailles nous ramène à la réalité européenne. Depuis la Pax Romana, l'Europe n'a plus connu de longues périodes de paix, mais une succession de guerres, de troubles sociaux et religieux, de révolutions, de crises économiques. **Quelle profonde sagesse dans l'exhortation de Nicolas de Flue de ne pas trop élargir la clôture et de ne pas se charger de choses étrangères, de ne pas se solidariser avec un pouvoir étranger!** Nous avons suivi l'évolution de la construction eu-

ropéenne et notre scepticisme n'a fait que de grandir. L'Euroland est en récession, le chômage des jeunes prend une dimension inquiétante, les impôts augmentent, les prestations sociales diminuent, dernière tentative pour remplir les caisses de l'État, la répression fiscale. On fait pression sur la Suisse considérée comme un coffre – fort, l'expression de guerre économique est utilisée dans ce contexte. L'Angleterre n'a reçu suite à un accord qu'une somme bien au-dessous de ce que le fisc anglais escomptait, la montagne a accouché d'une souris. Le Conseil fédéral au lieu de saisir la chance qu'offre l'émergence d'un monde multipolaire, ne fait que de vouloir nous rapprocher à tout prix de l'Union européenne. Devant cette évolution, il est de no-

tre devoir de patriote de faire opposition.

Nous avons participé à la récolte des signatures pour l'initiative de Franz Weber contre la prolifération des résidences secondaires. L'initiative a été acceptée. Nous avons soutenu l'initiative Minder, qui a également été acceptée malgré l'opposition du Conseil fédéral et des milieux économiques. Ces deux événements nous donnent de l'espoir. **Nous participerons au référendum contre l'extension de la libre circulation des personnes à la Croatie, nous soutiendrons toute action contre un abandon de notre souveraineté.** Nous le ferons pour la Suisse notre patrie.

*Michel Dupont, 1er vice-président
des DS Suisse, Pully*

Offizielles Organ der
Schweizer
Demokraten **SD** 

SD-Zentralsekretariat
Postfach 8116, 3001 Bern
Telefon 031 974 20 10
Telefax 031 974 20 11
Postkonto 80-2270-0
(Zentralkasse Killwangen)
www.schweizer-demokraten.ch
schweizer-demokraten@bluewin.ch

Redaktion
Schweizer Demokrat
Postfach 8116
3001 Bern

Redaktoren:
Adrian Pulver,
SD-Geschäftsführer, Bern (CR)
Rudolf Keller, e. Nationalrat/
e. Landrat, Frenkendorf
Dr. D. J. Najman, e. Grossrat, Baden
Valentin J. Oehen, e. Nationalrat,
Köniz



**Stärken Sie die
Schweizer Demokraten
durch Ihre Mitgliedschaft!**

Abonnement
SCHWEIZER DEMOKRAT
PC 80-2270-0, Zentralkasse Zürich

pro Mitgliederjahr Fr. 45.–
(für Mitglieder obligatorisch)

- Ich möchte Mitglied der
Schweizer Demokraten (SD)
werden!
- Nur Zeitungsabonnement
- Nur Adressänderung
- Ex. SD-Zeitungen zum
Verteilen

Name: _____

Vorname: _____

Beruf: _____ Jahrgang: _____

Strasse/Nr.: _____

PLZ/Wohnort: _____

E-Mail: _____

Datum: _____

Unterschrift: _____

Schweizer Demokraten (SD),
Postfach 8116, 3001 Bern
schweizer-demokraten@bluewin.ch

Ausländische Lehrlinge rekrutieren – noch mehr Einwanderung?!

Die Schweizer Demokraten (SD) sind aufs Schärfste empört ob dem Vorschlag von Bundesrat Johann Niklaus Schneider-Amann, Lehrstellen mit arbeitslosen Jugendlichen aus dem EU-Raum zu besetzen. **Da die Bevölkerung jährlich um zirka 80'000 Personen zunimmt und der Bundesrat vor vier Monaten entschieden hat, die Ventilklausel anzurufen, muss dieses Vorhaben erst recht als inkonsequent und verantwortungslos bezeichnet werden.** Es entstünde ei-

ne theoretische Erweiterung des Personenfreizügigkeitsabkommens mit bisher unbekanntem Folgen punkto Einwanderungsvolumen und Lohndumping, **zumal sich die Lehrlinge nach ihrer Abschlussprüfung im hiesigen Arbeitsmarkt uneingeschränkt bewegen könnten.** Für die SD liegt eine mögliche Lösung nur in der gezielten Erörterung und Förderung individueller Stärken, sodass ein Jugendlicher seine entsprechende Lehrstelle findet.

Bei Lehrgängen mit überdurchschnittlicher Nachfrage sind Zulassungsbeschränkungen (unter anderem Eignungsprüfungen) analog einem Numerus clausus einzuführen.

Somit lassen sich die Nachwuchsprobleme in den jeweiligen Branchen besser eindämmen.

SD-Redaktion

Neues Präsidium bei Economiesuisse – keine Kursänderung in Sicht

Die Schweizer Demokraten (SD) sind nach der Ankündigung, dass Heinz Karrer zum neuen Präsidenten des Schweizer Wirtschaftsdachverbandes Economiesuisse erkoren wird, wenig zuversichtlich. Spätestens seit der Annahme der Abzocker-Initiative entfremdet sich Economiesuisse immer stärker von der gesellschaftlichen und

wirtschaftlichen Basis und tritt volksfern und elitär auf.

Wirtschaftspolitische Regulierungen sollte der Verband nicht chronisch von vornherein ablehnen und mit kostenträchtigen Angstmacherkampagnen aktiv bekämpfen.

Der Werkplatz Schweiz kann nur mit sozialen Reformen wie branchenübergreifenden Mindestlöhnen und Investitionen in die Nachhaltigkeit im Sinne aller Akteure ausgerichtet werden. Dazu gehört insbesondere auch die vom Bundesrat beschlossene Energiewende. Mit der Wahl des ehemaligen Axpo-Chefs Karrer ist hierbei weiterhin mit Fundamentalopposition zu rechnen. **Stattdessen könnte Economiesuisse lokale Betriebe, die erneuerbare Energie produzieren, verstärkt unterstützen und somit in der Umsetzung des Atomausstiegs eine tragende Rolle übernehmen.**

SD-Redaktion



Das Testament – Die letztwillige Verfügung

Liebe Mitglieder, Gönner und Sympathisanten

Wie andere Vereine und Parteien auch, sind wir auf grössere Zuwendungen lebensnotwendig angewiesen. Spenden helfen uns weiter! Aber leider reichen diese nicht aus, um unseren Finanzbedarf zu decken. Wir gehen sehr sparsam und sorgfältig mit dem gespendeten Geld um. Ausser drei Personen (dem vollamtlich angestellten Zentralsekretär und zwei Leuten, welche nebenberuflich wichtige Arbeiten für uns erledigen) bezieht niemand bei uns Geld. Auch beispielsweise der Zentralpräsident und die Kantonalpräsidenten arbeiten bei uns ehrenamtlich. Nur so können wir unseren politischen Kampf überhaupt weiterführen.

Uns helfen auch Beträge, welche aus testamentarischen Verfügungen kommen. Überlegen Sie sich deshalb, ob Sie uns auf diesem Wege unterstützen können! Sie helfen so uns als Partei – aber vor allem tun Sie damit etwas für Volk und Heimat! Sie leisten also Hilfe für einen guten Zweck, eine gute Sache.

Deshalb: Haben Sie also schon daran gedacht, die **SCHWEIZER DEMOKRATEN** in Ihrem Testament zu berücksichtigen?

Haben Sie Fragen über Formalitäten und Abfassung?

Unser Zentralsekretariat berät Sie gerne kostenlos:
Schweizer Demokraten SD
Postfach 8116, 3001 Bern
Telefon 031 974 20 10, Telefax 031 974 20 11
schweizer-demokraten@bluewin.ch

Sie können sich aber auch an den Zentralpräsidenten wenden:
Rudolf Keller, Adlerfeldstrasse 29, 4402 Frenkendorf,
rudolf.keller@bluewin.ch

Aufgepasst

Als Mitglied der Schweizer Demokraten (SD) bekommen Sie jeweils zwei Rechnungen: Anfang Jahr erhalten Sie eine Rechnung für das Jahresabonnement der Zeitung von Fr. 45.–. Dieser Betrag wird immer der Zentralkasse gutgeschrieben. Zwischen März und Juni folgt dann die Verrechnung des Mitgliederbeitrags (meistens Fr. 50.–). Dieser Betrag wird der Kasse Ihrer kommunalen oder kantonalen Sektion (je nach Kanton auch die Zentralkasse) gutgeschrieben.

SD-Redaktion